

Das Schiff läuft aus dem Ruder, Teil 6: Die Dämme brechen

von Hermann Patzak

Die Krisenüberwindung durch direkte Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen kulminieren zur Zeit (März 2009) in der Frage, ob Enteignung und Verstaatlichung zum Wohle der Wirtschaft und des Volkes erlaubt sind? In Deutschland ist diese Frage unmittelbar verbunden mit den Namen Hypo Real Estate (HRE), Opel - General Motors (GM) und Schäffler Continental.

So mancher in Wirtschaftsfragen beleseene Bürger wird jetzt sagen, daß es sich dabei um drei völlig unterschiedliche Fälle handle, weshalb sie gar nicht in einem Atemzug genannt werden dürften. So kennt er das aus Presse, Fernsehen und Rundfunk. Das stimmt zwar für einzelne Problemfelder dieser Unternehmen, aber die Kernfrage ist in allen drei Fällen die gleiche. **Aber diese Kernfrage ist für die deutschen Wirtschaftsexperten und Politiker nicht existent!** Worum handelt es sich dabei?

Es ist **die Eigentümer-Frage!** Sie ist nicht zu verwechseln mit der in diesem Zusammenhang für die Öffentlichkeit hochgespielten Eigentumsfrage, die in die Rechtsfrage mündet, ob der Staat die Unternehmenseigner in bestimmten Fällen enteignen dürfe. Die Eigentümer-Frage lautet demgegenüber: Wem gehört der Produktionsfaktor Kapital (das Unternehmen) und wer bezieht das Einkommen aus diesem Produktionsfaktor? Und diese Frage muß in allen drei genannten Fällen gleich beantwortet werden. Das Auslandskapital hat entweder die absolute Mehrheit oder eine Sperrminorität (Dreiviertelmehrheit in der Hauptversammlung).

Opel ist seit 1929 ein Tochterunternehmen von General Motors (GM) und somit 100 Prozent im Eigentum des US-Kapitals.

Die Firma Continental hat ihre Zentrale in Hannover, sie war im Jahr 2005 zu 90 Prozent in Händen ausländischer Aktionäre¹, der Anteil dürfte bis 2008, also bevor die Fa. Schäffler KG das Unternehmen aufkaufte, noch größer geworden sein. Die Schäffler KG ist ein deutsches Familienunternehmen, sie erzielte im Jahr 2008 mit 71.000 Mitarbeitern (30.000 davon in Deutschland) einen Umsatz von 8,8 Mrd. Euro. Im Sommer 2008 erlaubte sie sich – was bei den internationalen Finanzinvestoren in den vergangenen Jahren zum Tagesgeschäft gehörte – die Aktienmehrheit an Continental zu erwerben. Sie bezahlte, wie das bei Firmenaufkäufen in den letzten Jahren üblich geworden war, den Kaufpreis durch Aufnahme von Bankverbindlichkeiten. Die internationalen Kapitaleigner bei Conti waren zum ersten Mal in großem Maßstab von einem deutschen Familienunternehmen ausgehebelt worden und zwar auf die gleiche Weise, wie das zuvor die sogenannten Finanzinvestoren getan haben.

Die Bank „Hypo Real Estate“ hat ihren Firmensitz in München. Sie entstand im Jahr 2003 durch Verschmelzung von Teilen der Hypo Vereinsbank, der Westfälischen Hypothekenbank AG, der Hypo Vereinsbank Irland und einer Mehrheitsbeteiligung an der Württembergische Hypothekenbank AG. Hauptaktionär der HRE ist das US Private Equity Unternehmen J.C. Flowers & Company, landläufig Heuschrecke genannt. Flowers hält 24,9% der HRE und 25,67% an der HSH Nordbank. Damit hält er in beiden Fällen eine Sperrminorität gegen eine Kapitalerhöhung der Banken.

¹ Vgl. FAZ vom 29.11.2005.

In allen drei Fällen ist das Eigentum des Auslandskapitals vom Verlust bedroht. Im Falle Opel und HRE vom Totalverlust durch Konkurs. Im Falle der Continental-Übernahme durch Schäffler wäre das Eigentum der ausländischen Aktionäre ganz legal – durch Aktienkauf an das deutsche Familienunternehmen Schaeffler KG übergegangen – auf die gleiche Weise, wie in den Jahren zuvor deutsches Produktivvermögen vom Auslandskapital aufgekauft worden ist.

Diesen drohenden Eigentumsverlust – damit natürlich auch den Verlust der Quelle künftigen Einkommens – versuchen die ausländischen Eigentümer deutschen Produktivvermögens mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, d. h. rechtlichen Einwänden und politischem Druck zu verhindern.

Betrachten wir exemplarisch den Fall Opel:

Opel wurde im Jahr 1929 von General Motors für einen Pappenstiel aufgekauft. Ganze 33 Millionen Dollar zahlte General Motors damals. Die deutschen Medien bezeichnen heute den Kauf als Opel-Rettung. Vor dem geistigen Auge entsteht dabei das Bild eines Retters, der sich selbst in Gefahr bringt, um einem anderen das Leben zu retten oder ihn vor Schaden zu bewahren. Aber das war keine selbstlose oder gar gefährliche Rettung damals. In Deutschland war die Mark nach Inflation und der beginnenden schweren Weltwirtschaftskrise im Vergleich zum Dollar völlig unterbewertet. Achtzig Jahre lang hat Opel seine Gewinne, in einem der letzten Jahre sollen es über eine Milliarde Euro gewesen sein, an das US-Kapital abgeliefert. Auch die in Deutschland entwickelten Patente und Lizenzen gingen in das Eigentum des US-Kapitals über.

Jetzt steht GM vor der Pleite. Die sollen die US-Regierung und die deutsche Regierung verhindern. Die deutsche Regierung befürchtet ganz offen, daß eventuelle Zahlungen an Opel (in Milliarden-Höhe versteht sich) in die USA abfließen würden. Der deutsche Steuerzahler, das Deutsche Volk, sollte nach dem Willen das US-Kapitals sein Scherflein dazu beitragen, daß das US-Kapital nicht pleite geht. US-Regierung und US-Kapital wännen sich auf der starken Seite, denn die Deutschen müssen um die Arbeitsplätze in den Opel-Werken bangen. Doch ist das wirklich so?

Ein Unternehmen, das in Konkurs geht, weil es zahlungsunfähig oder überschuldet ist (angesammelte Verluste sind größer als das Eigenkapital), verliert sein Eigenkapital und den Gläubigern wird nur ein geringer Teil ihrer Forderungen aus dem Verkauf des vorhandenen Vermögens ausbezahlt. Genau diese Situation würde eintreten, wenn der Staat das Unternehmen nicht rettet (mit Steuergeldern – des Volkes) oder wenn die staatlichen Hilfen nicht ausreichen sollten.

Das also ist die Alternative: Totalverlust für die Eigentümer des Unternehmens und nahezu Totalverlust für die Gläubiger.

Doch was geschähe, wenn sich ein Käufer für das Unternehmen GM oder das Tochterunternehmen Opel fände? Wie hoch ist denn das noch vorhandene Eigenkapital bei GM (nach Abzug sämtlicher Verluste) oder bei Opel (anteilmäßig)? Was, wenn sich ein Käufer fände, der bereit wäre, das Unternehmen für diesen Preis zu übernehmen. Warum sollte das im Falle Opel nicht der Deutsche Staat sein. Der war ja schon einmal Eigentümer eines ähnlich großen Automobilwerkes (Volkswagen). Und Volkswagen ist ja bekanntlich als Staatsunternehmen groß geworden und zum Weltkonzern aufgestiegen!

Diese Übernahme zu verhindern, ist die ganze Sorge des US-Kapitals und der US-Regierung. Deutschlands frisch-forscher Wirtschaftsminister, Dr. Karl-Theodor Freiherr

zu Guttenberg, hat sich bei seiner USA-Reise zum Zwecke der Umstimmung von US-Regierung und US-Kapital eine deftige Abfuhr² eingehandelt.

Doch wenn der Hegemon in seinem Imperialdrang schon so uneinsichtig ist, warum wartet die Deutsche Regierung nicht einfach ab, bis der Markt den Konkurs von GM herbei führt, um die Opelwerke danach zu übernehmen? Verbieta das Dogma des Liberalkapitalismus - der Staat dürfe nicht Eigentümer von Produktivvermögen sein - dieses von der Sache her notwendige Handeln? Wagt diese Deutsche Regierung es nicht, die Interessen des Deutschen Volkes gegen die Interessen des Hegemons und des US-Kapitals durchzusetzen?

Sämtliche Gläubiger und vor alle die deutschen Arbeiter wären einer Deutschen Regierung zu Dank verpflichtet, wenn sie diesen Mut aufbrächte. Und schaut man genauer hin, so erkennt man, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen eine solche Entscheidung sehr begrüßen würde.

Um das von der Sache her notwendige und jedermann einsichtige Tun zu verhindern, hat man den Begriff „Enteignung“ in die Debatte eingebracht. Denn wer kann eine Enteignung schon gut heißen?

Doch wir wollen genauer hinschauen: Würde der Staat ein in Konkurs gegangenes Unternehmen aufkaufen oder übernehmen, dann wäre das doch keine Enteignung! Enteignet haben sich doch internationalen Kapitaleigner selbst. Sie und ihre Manager haben auf dem von ihnen gepriesenen Markt ihr Eigenkapital eingesetzt und nach jahre- und jahrzehntelangem Renditenbezug ihren Einsatz jetzt verloren. Verloren, wenn man es genau betrachtet, weil sie letztendlich nicht genug bekommen konnten. Sie haben diese Krise schließlich selbst losgetreten.

Jetzt schreien sie nach dem Staat, der durch den Einsatz von Steuergeldern aus allen Schichten des Volkes, sie vor dem Verlust ihres Eigentums und ihrer Einkommensquelle bewahren soll. Einzahlen in die heruntergewirtschafteten Unternehmen dürfe der Staat schon, damit die Kapitaleigentümer ihren Einsatz (Eigenkapital, Eigentum am Unternehmen) nicht verlieren. Nicht einmal eine Eigentumsübernahme durch den Staat wollen sie zulassen.

Nach vollbrachter Rettung – in der Zwischenzeit wolle man dem Staat das geliehene Geld angemessen (?) verzinsen – dürfte er sich dann wieder vom Acker machen, damit man die hohen Renditen der „guten Jahre“ wieder unter sich aufteilen könne.

So wünscht man sich den Staat – den Nachtwächterstaat – in einer imperialen Welt, in der das internationale Großkapital und die wertsetzende alleinige Weltmacht alle Abläufe zum eigenen Wohlergehen bestimmen.

© www.hpatzak.de 18.03.2009

² Stand der Erkenntnis: Mittwoch 18.03.2009